



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis hierzweijährlich 6,- Mk. - Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 4,- Mk., Codes- und Veranlassungsanzeigen die Zeile 50 Pfennig. - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Beitragsregister.

Für die Woche vom 25. Juni bis 1. Juli 1922 ist die Beitragsmarke in das mit 25 bezahlte Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Erhöhung des Lokalbeitrages.
Dresden. Für alle Mitglieder ab 1. Juli auf 2 Mt.

Zum Gewerkschaftskongress

Am 19. Juni trat der Gewerkschaftskongress in Leipzig zusammen. Unseren Lesern ist die Tagesordnung schon zu Beginn dieses Jahres bekanntgegeben worden und sie werden mit Interesse die Verhandlungen des Kongresses verfolgen. Unsere Organisation hat vier Vertreter zu den Verhandlungen entsandt, die nach dem Beschluß der Generalversammlung zu Frankfurt a. M. von dem Verbandsvorstand gewählt wurden.

Der letzte Gewerkschaftskongress fand vor drei Jahren in Nürnberg statt. Auf ihm machte sich zum ersten Male eine organisierte Opposition geltend, da man die Kriegspolitik der Generalkommission einer näheren Prüfung unterzog. Die Opposition von damals besteht in ihrer Zusammensetzung nicht mehr. Die Genossen, die durch ihre politische Einstellung zur Opposition in Nürnberg gezwungen wurden, sind ebenfalls wieder durch parteipolitische Vorgänge zum großen Teile von ihrem in Nürnberg vertretenen Standpunkte abgetrennt. Nichtsdestoweniger wird aber auch der jetzt tagende Kongress scharfe Kritik an den Arbeiten des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes üben, und zwar werden sich dabei auch wieder diejenigen am meisten hervortun, die parteipolitisch dazu gezwungen werden. Sie sind es ja, die berufsmäßig Opposition treiben müssen; über lassen wir die Verhandlungen selber reden; der Bericht gibt uns ein klares Bild von den Wünschen und Beschwerden der Teilnehmer.

Au diesem Kongresse nehmen 694 Delegierte teil, dazu kommen noch die Mitglieder und Angestellten des Bundesvorstandes, Gäste und Pressevertreter, so daß die Gesamtzahl der Teilnehmer auf ungefähr 900 geschätzt wird. Der großen Teilnehmerzahl wegen kann auch der Kongress nicht im Volkshaus abgehalten werden. Die Tagung findet bestimmtlich im Saalbau des Zoologischen Gartens statt, dem größten Saale Leipzigs, der Eigentum der Stadt ist.

Besonders beachtenswert ist die Schar der Gäste, die auf dem Kongress anwesend ist. Die Gewerkschaften Englands und Frankreichs entsenden je zwei Vertreter; aus Belgien ist einer erschienen. Ferner fehlen natürlich ebenfalls nicht die Vertreter der Gewerkschaften in den skandinavischen Ländern, der Schweiz, Deutschösterreichs, Ungarns und der Niederlande, die von jeher in freuem Freundschaftsverhältnis zu den deutschen Gewerkschaften standen. Ihnen gesellen sich die Vertreter Polens, Luegemburgs und nicht zuletzt auch des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu. Auch das Internationale Arbeitsamt schickt zwei Vertreter. Die schwedische und norwegische Gesamtschaft ist durch ihre Sozialistische vertreten. Aus Deutschland sind ferner noch zu nennen: Sieben Vertreter des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Siering, Preussischer Minister für Handel und Gewerbe, Riffan, Sächsischer Arbeitsminister und Reichsminister, Sächsischer Wirtschaftsminister, nebst einer Reihe höherer Beamter aus verschiedenen Ministerien. Auch der Rat der Stadt Leipzig ist durch eine Vertretung anwesend. Sozialpolitiker von Ruf, wie Geheimrat Prof. Dr. Ferner und Prof. Dr. Seyde (beide aus Berlin) sind ebenfalls auf dem Kongress erschienen. Nicht zu vergessen sind auch die Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Volksfürsorge.

Eine große Anzahl von Anträgen liegt dem Kongress zur Erledigung vor. Es werden ungefähr 300 gemacht. Sie alle sollen beraten werden und entsprechende Berücksichtigung finden. Das wird auch möglich sein, wenn die sachlichen Auseinandersetzungen nicht durch zu lang ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatten gestört werden. Schon die Aussprache über den Bericht des Bundesvorstandes wird Gelegenheit bieten, das meiste von dem zur Sprache zu bringen, was nach dem Willen einer Anzahl von Gewerkschaftsmitgliedern besonders auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Es gibt doch nahezu gar nichts in der gesamten inneren und äußeren Politik der letzten Jahre, was in diesem Bericht (einem Buche von 207 Seiten) nicht behandelt worden ist. Der Bericht kann allen, die es angeht, nur zum gründlichen Durchlesen empfohlen werden. Manche Irrtümer sind aufzuklären, mancher Kritiker an der Tätigkeit des Bundesvorstandes wird sich seine Stellungnahme noch einmal überlegen.

Der „Bericht des Bundesvorstandes an den Kongress in Leipzig 1922“, der sich über die Zeit vom 1. Juni 1919 bis zum 31. Mai 1922 erstreckt und 207 Seiten stark ist, bietet einen Einblick in die Tätigkeit des Bundesvorstandes, der jeden Tadel, der sachlichen Gründen zugänglich ist, veranlassen kann, sein Urteil einer Prüfung zu unterziehen. Weit geht die Tätigkeit des Bundesvorstandes über das hinaus, was man in früheren Zeiten als Gewerkschaftstätigkeit zu bezeichnen pflegte; fast alles, was für das deutsche Volk irgendwelche wirtschaftliche und nicht zuletzt auch politische Bedeutung hat, ist an den Bundesvorstand herangetragen und hat seine Mitwirkung bei der Lösung der dabei auftauchenden Fragen erlangt.

Beim Kapp-Putsch reichte das einschlägige Eingreifen des Bundesvorstandes den Weiterbestand der Republik. Die Fürsorge für die Erwerbslosen nahm einen großen Teil der Tätigkeit des Bundesvorstandes in Anspruch; die wiederholten Ausschreitungen von Auch-Erwerbslosen im Berliner Gewerkschaftshaus sind von der Masse der Erwerbslosen ebenso herbe verurteilt worden, wie von allen anderen anständigen Leuten und sie haben den Bundesvorstand auch nicht abgehalten, seine besten Kräfte einzusetzen, um das schwere Schicksal der Arbeitslosen zu mildern. War schon dies eine leichte Aufgabe, so war der Kampf gegen die Teuerung noch schwieriger. Hier zeigte sich nicht nur die Inzulänglichlichkeit der deutschen Volkswirtschaft, sondern auch bei verschiedenen Stellen ein nicht zu knapper Mangel an gutem Willen. Daß man die Mängel der Lebensmittel- und Warenversorgung nicht durch Dekrete aus der Welt schaffen kann, hat sich in Ungarn und Rußland deutlich genug gezeigt.

Dann das Steuerwesen, die Erfassung der Sachwerte (bei dieser Gelegenheit ist es sehr nützlich, sich die Entstehungsgeschichte und den Zweck der berühmten „zehn Punkte“ ins Gedächtnis zurückzurufen), das Wohnungs- und Siedlungswesen, die Weiterführung der Sozialpolitik, die Sozialversicherung, Betriebsrätewesen, einheitliches neues Arbeitsrecht, Schlichtungsordnung, Arbeitsvermittlung, gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, Tarifvertragsrecht, Arbeitsgerichte und noch vieles andere mehr sind die Aufgaben, von denen jede schon mehr als eine volle Arbeitskraft erheischt, wenn sie einigermaßen ihrer Wichtigkeit entsprechend erledigt werden soll. Beim Vorstand des ADGB liegt die Sache jedoch so, daß eine Arbeitskraft mehrere solcher Gebiete bearbeiten muß.

Von dem, was der Bundesvorstand im Laufe seiner letzten Tätigkeitsperiode zu bearbeiten hatte, wollen wir an dieser Stelle nur noch folgendes nennen: Die vielen Schwierigkeiten bei der Durchführung des Versäuflicher Vertrages, der Wiederaufbau Nordfrankreichs und die Durchführung der Wiedergutmachungsverpflichtungen, dann die vielen Folgen, die die Wiederumstellung der Industrie und der Volkswirtschaft auf den Friedensbetrieb nach sich zog und die sich noch auf Jahre hinaus den Betroffenen unangenehm genug bemerkbar machen. Auch da hat der Vorstand des ADGB eingreifen müssen.

Nicht zu vergessen ist noch das Lehrkräftewesen und die Jugendorganisation. In dieser Sache wird bekanntlich im Anschluß an den Gewerkschaftskongress eine Sonderkonferenz stattfinden.

Daß die Erfolge der Tätigkeit des Bundesvorstandes der Anstrengung nicht immer entsprachen, wird der Vorstand des ADGB wohl selber am stärksten bedauern. Wäre die wirtschaftliche und die politische Lage Deutschlands besser, so wäre die Tätigkeit des Bundesvorstandes schon von selber besser, als sie es war, und mancher Kritiker würde schon aus diesem Grunde verstummen. Vorläufig liegt hier in Deutschland aber noch auf Jahre hinaus der Knüppel beim Hunde und selbst wenn allenthalben der beste Wille vorhanden wäre — was, wie leider schon wiederholt festgestellt werden mußte, nicht immer der Fall ist — so wird doch sehr viel zu wünschen übrig bleiben.

Mag man über Einzelheiten in der Tätigkeit des Bundesvorstandes denken wie man will, so muß man ihm doch nicht nur das Zeugnis ausstellen, daß er das Beste gewollt, sondern daß er in vielen Fällen auch das Beste erreicht hat, was unter den nun einmal obwaltenden Umständen nun einmal zu erreichen war.

Die Betriebsrätefrage wird zum erstenmal auf einem Gewerkschaftskongress erörtert werden. Es steht jetzt eine mehrjährige Erfahrung auf diesem Gebiete zur Verfügung. Manche Enttäuschung hat sich im Laufe der Jahre eingestellt, aber auch manche Erfahrung ist gemacht worden, die wertvolle Fingerzeige für die Zukunft bietet. Manches wird noch zu sagen sein über das Verhältnis der Betriebsräte zu den Gewerkschaften und nicht zum wenigsten auch über die Schulung der Betriebsratsmitglieder. Das ist immer noch ein wunder Punkt. Die Mängel, die auf diesem Gebiete immer von neuem zutage treten, sind fast stets die Ursachen davon, daß die Betriebsräte nicht immer ihrer Aufgabe gerecht werden können.

Vielumstrittene Gewerkschaftsfragen werden beim 4. Punkt der Tagesordnung erörtert werden. (Organi-

lationsformen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung) Die Formen und die Methoden der Gewerkschaften sind, solange man von Gewerkschaften reden kann, im Fluße gewesen und ein Ende ihrer Entwicklungsmöglichkeiten ist noch nicht abzusehen. Glücklicherweise! Diese Erkenntnis führt dann aber auch zu der Überzeugung, daß es immer wieder möglich sein wird, den Ausbau der Gewerkschaften und ihre Methoden so zu verbessern und, wenn nötig, so gründlich zu erneuern, daß die Gewerkschaften immer wieder ihren Aufgaben gerecht werden können, auch wenn diese sich im Laufe der Zeit ändern. Unzufriedenheit ist gewöhnlich die Ursache des Fortschritts; Voraussetzung ist allerdings dabei, daß die Auswahl der Mittel zu diesem Fortschritt so erfolgt, daß sie nicht das Gegenteil von dem erreichen, was sie erreichen sollen. Am Gewerkschaftswesen kommt es vor allen Dingen darauf an, die Erfahrungen früherer Jahrzehnte zu beherzigen. Man muß dies um so mehr betonen, weil die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder sich erst in den letzten Jahren den Gewerkschaften angeschlossen hat und infolgedessen keine Gelegenheit hatte, solche Erfahrungen zu sammeln. Jetzt diese Erfahrungen von neuem machen zu müssen, wird wesentlich schmerzlicher sein als in früheren Zeiten, wo die Gewerkschaften noch klein waren. Bei dieser Gelegenheit wird auch noch manches Wort gesagt werden müssen über die Führung von Lohnbewegungen und Streiks in Betrieben, wo mehrere Gewerkschaften unter allen Umständen verboten werden müßte. Solange die Frage der Betriebsräte noch so wenig geklärt ist und solange ihre Einführung noch in so weitem Maße liegt, wäre es ohne Zweifel ein Fehler, wenn die Gewerkschaften auch nur auf die geringste Möglichkeit verzichten wollten, ihren Einfluß auf das Wirtschaftsleben geltend zu machen. Und selbst wenn in den meisten Fällen weiter nichts dabei herauskäme als eine Vertiefung der wirtschaftlichen Kenntnisse bei der Arbeiterschaft, so wäre auch das schon der Mühe wert.

In der Frage des künftigen Arbeitsrechts werden auf dem Kongress die Meinungen nicht in dem Maße auseinandergehen wie bei den vorhergehenden Tagesordnungspunkten. Daß es sich dabei aber um einen Gegenstand handelt, der die organisierte Arbeiterschaft aufs tiefste bewegt, beweisen schon die vielen Anträge, die dazu gestellt worden sind.

Die Delegierten werden auf dem Gewerkschaftskongress also schwere und verantwortungsvolle Aufgaben zu lösen bekommen. Es wäre zu wünschen, daß jeder sich dieser verantwortungsvollen Aufgabe aber auch bewußt bleibt und nicht unterläßt, sich vor Augen zu halten, was auf dem Gewerkschaftskongress einzig und allein seine Richtschnur bleiben muß: daß der Kapitalismus überwunden und bis dahin die Lage des Proletariats gebessert werde, daß die Reaktion bekämpft werde, wo nur immer möglich und daß das beste Mittel zu diesem allen festgesetzte, nicht von inneren Kämpfen zerüttete Gewerkschaften sind.

Kongressbericht

Am 19. Juni wurde im festlich geschmückten Saale des Zoologischen Gartens der 11. deutsche Gewerkschaftskongress eröffnet. Fast 700 Delegierte und zahlreiche Gäste waren erschienen. Die Bühne, auf der der Bundesvorstand Platz genommen hatte, erstrahlte im festlichen Rot. Die Tribunen waren bis auf den letzten Nagel gefüllt.

Der Bundesvorsitzende, Genosse Leypart, begrüßte die Delegierten und Gäste. Er gedent des vor 1 1/2 Jahren verstorbenen Vorsitzenden Karl Vogel, ebenso der anderen Toten der Arbeiterbewegung, die an sührender Stelle in den Gewerkschaften gestanden haben.

Der diesjährige Kongress fällt zusammen mit dem 50jährigen Jubiläum der Gründung der deutschen Gewerkschaften, die damals von Dort geleitet wurden. Auch damals lag das Bestreben nach einer Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung, nach Schaffung einer Arbeiterunion vor. Doch war das Weiterbestehen der einzelnen Verbände im Interesse der Bewegung ja noch mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Die Schikanen der sächsischen Polizei verbanderten eine Sicherlegung nach Leipzig. Trotz mancher ähnlicher Erscheinungen der damaligen Zeit zeigen doch die folgenden, wie überhaupt die verflochtenen Jahre ein Bild großartiger Entwicklung, und mit dem Steigen der Mitgliederzahlen

Wuchs auch Stärke, Einfluß und Machtstellung der deutschen Gewerkschaften.

Aufgabe des Kongresses ist es, zu prüfen, ob der Bundesvorstand seinen Aufgaben voll gerecht geworden ist und ob es notwendig ist, andere Wege zu beschreiten.

Wie damals 1872 in Erfurt, bei der Gründung der deutschen Gewerkschaften, bestehen auch heute noch Meinungsverschiedenheiten, die zum Austrag kommen müssen. Aber wie damals der Kongreß vor Partheisterei warnte und auf neutralem Boden eine machtvolle Zusammenfassung der Gewerkschaften verlangte, werden wir auch heute, wenn wir bei unseren Auseinandersetzungen vom Geiste der Kameradschaft befehdet sind, durch den Verlauf dieses Kongresses auch zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft beitragen.

Nach der Ansprache des Vorsitzenden begrüßen die Vertreter der Leipziger Arbeiterschaft und des Rates der Stadt Leipzig den Kongreß. Darauf nimmt der Reichsarbeitsminister das Wort, der im Namen der Reichsregierung den Kongreß begrüßt. Er verweist auf die gedeihliche Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und dem Bundesvorstand während der letzten zwei Jahre seiner Amtszeit und hebt hervor, daß auch die Reichsregierung den deutschen Gewerkschaften für ihr Eintreten zum Wohle des Staatswesens zu Dank verpflichtet ist. Anschließend daran würdigt er auch förmlich die Tagesordnung des Kongresses und geht auf die Stellung der Gewerkschaften im deutschen Wirtschafts- und im politischen Leben ein. Die Lebensbedingungen der Gegner der Gewerkschaften, gewisser Arbeitgebertreue und der gelben Bewegung, wird um so besser möglich sein, wenn die Gewerkschaften das Interesse der Allgemeinheit bei ihren Arbeiten gebührend berücksichtigen.

Nach ihm spricht der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt. Er gibt in kurzen, treffenden Worten ein Bild von der deutschen Wirtschaft, die nicht etwa durch Verlängerung der Arbeitszeit, wie die Unternehmer uns glauben machen wollen, durch Aufhebung des Achtstundentages, verbessert und gehoben werden kann. Solange Arbeitervertreter in der Reichsregierung sitzen, wird eine Verlängerung der gesetzlichen Arbeitszeit nicht durchführbar sein. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung soll der sicherste Hort der Republik sein, so lehnt der Minister seine Ansprache, nachdem er die Gegner der heutigen Staatsform und der Arbeiterschaft richtig gekennzeichnet hat.

Ihm folgt der sächsische Arbeitsminister, der die Größe der sozialistischen Regierung Sachsens dem Kongreß übermitteln und in pädbender Rede die Lage der arbeitenden Massen in Deutschland schildert. Der preussische Handelsminister wünscht ebenfalls den Arbeiten des Kongresses den besten Erfolg.

Auf die Aufgaben des Internationalen Gewerkschaftsbundes geht in seiner Begrüßungsansprache der Sekretär des Internationalen Bureaus, Genosse Simmen, ein. Es nützt der Arbeiterschaft wenig oder nichts, wenn es ihr gelingt, die Löhne zu erhöhen und die Arbeitszeit zu verkürzen, solange Kapitalisten und Militaristen am Werke sind, durch menschenmordende Kriege die Völkern in namenloses Elend zu stürzen. Gegen diese Pläne muß die gesamte Arbeiterschaft mobilisieren. Er gedankt auch Karl Legien, dem es die Arbeiterschaft überhaupt zu verdanken hat, daß es eine Internationale gibt.

In ergreifender Weise schildert dann nach kurzen Begrüßungsworten H u e b e r die durch die Schuld der Entente hervorgerufene juchbare Lage Deutschösterreichs. Die österreichische Arbeiterschaft betrachtet sich als Vorposten des deutschen Proletariats. Wir bitten euch als Arbeiter, uns in der Stunde der Not nicht im Stiche zu lassen. Es folgen Ansprachen von Vertretern Belgiens, Englands, Schwedens, Dänemarks, Norwegens, Polens, Hollands, der Schweiz, Ungarns und Luxemburgs.

Auf eine Anfrage verschiedener Delegierter, ob Vertreter der russischen Gewerkschaften eingeladen sind, erwidert Beipart, daß alle der Amsterdamer Internationale angeschlossenen Bundesverbände eingeladen wurden, zu denen die russischen Gewerkschaften leider bis jetzt noch nicht gehören.

Dann spricht Aufhäuser als Vertreter des Allgemeinen freien Angestelltenbundes Worte der Begrüßung und verweist dabei auf die unbedingt nötige Zusammenarbeit aller Kopf- und Handarbeiter. Ihm folgt mit einer Begrüßungsansprache Hoffmann vom Zentralverband deutscher Konsumvereine, der auch dem Ausbau der Genossenschaftsbewegung, vor allem der Eigenproduktion, das Wort redet.

Bei der Bureauwahl kommt es zu den ersten Auseinandersetzungen der verschiedenen auf dem Kongreß vertretenen parteipolitischen Richtungen. Zu Vorsitzenden werden mit Mehrheit bestimmt: Rapfow (Bauarbeiter), Reichel (Metallarbeiter) und der Vorsitzende des ADGB, Beipart. Danach tritt die Mittagspause ein.

Zu Beginn der Nachmittagsung wird die Bureauwahl fortgesetzt. Ein kommunistischer Redner beantragt, eine Vertretung der verschiedenen Richtungen und neun Schriftführer zu wählen. Seine Anträge werden abgelehnt und nach dem Vorschlag des Vorsitzenden sechs Schriftführer bestimmt. Damit ist das Bureau konstituiert.

Bei der Beratung der Geschäftsordnung kommt es wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen, besonders darüber, ob eine namentliche Abstimmung von 50, wie in der Vorlage vorgesehen, oder mehr Teilnehmern herbeigeführt werden kann. Die Konferenz beschließt, eine namentliche Abstimmung von 100 Delegierten abhängig zu machen. Somit wird die Geschäftsordnung nach Wunsch des Bundesvorstandes und in der vorliegenden Form angenommen. Darauf erfolgt Wahl einer Mandatprüfungskommission und einer Statutenberatungs-Kommission. Ueber die zum ersten Gegenstand der Tagesordnung gestellten Anträge wird die Unterrichtsfrage gestellt. Die genügend unterstützten Anträge werden begründet. Dabei wird der Antrag auf Stellung eines Korreferenten abgelehnt. Nur zum zweiten Punkt sollen von den drei vertretenen Richtungen je ein Redner mit einer Stunde Redezeit zum Wort kommen. Zu Punkt vier soll Dismann und zu fünf Simon das Korreferat erhalten.

Zum Bericht des Bundesvorstandes spricht Beipart. Er widmet eingangs seiner Ausführungen den unerschütterlich schiedenden Arbeitsbrüder in Oberösterreich warme Worte und wünscht, daß sie dem neuen Jahre diesen, was sie dem alten waren. Wir Deutsche nehmen nicht von ihnen Abschied im Sinne endgültigen Auseinandergehens, wir bleiben in der Internationale immer beifammen. Der Redner verweist dann auf den gedruckt vorliegenden Bericht des Bundesvorstandes. (Siehe vorstehenden Artikel. Die

Red.) Beipart geht auf die dem Bundesvorstand gemachten Vorwürfe näher ein. An erster Stelle steht hier die Behauptung, daß der Vorstand beim Eisenbahnerstreik das Klassenbewußtsein verloren und die Solidarität verliert habe. Darauf wäre zu bemerken, daß die Beamten ein Organisationsverhältnis mit uns, das ihnen angeboten wurde, abgelehnt und auf die Solidarität der freigeorganierten Arbeiter verzichtet haben. Die Reichsgewerkschaft ist ohne Berufsbündigung mit uns und ohne die Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft zu haben, in den Streit getreten. Durch die Art ihres Vorgehens hat die Reichsgewerkschaft das Streikrecht der Eisenbahner selbst fast gefährdet. Und doch sollten gerade bürgerliche Kreise und die große Deftlichkeit mehr Verständnis für die ungeheure Notlage der Beamten haben, die nicht aus Muthwillen oder Bosheit in den Zustand getreten sind. Bei dem heutigen Elend der Arbeiterschaft ist es ein Wunder, daß es bis jetzt noch nicht zu spontanen Ausbrüchen des Zornes und unberechenbaren Handlungen der Arbeiter gekommen ist. Die Angriffe auf den Achtstundentag müssen mit aller Energie zurückgewiesen werden. Nach der Erklärung des Reichswirtschaftsministers ist zu erwarten, daß die Arbeiter in ihrer Abwehr Erfolg haben werden. Leider gibt es auch einzelne Sozialdemokraten, die sich gegen die sogenannte schematische Durchführung des Achtstundentages wenden. Das zeugt von mangelndem Verständnis für die Interessen der Arbeiterschaft. Eine schematische Durchführung besteht nur in der Einbildung gewisser Leute. Man frage die Landarbeiter und auch Eisenbahner, die erklären werden, daß davon keine Rede sein kann. Wir werden unsere sozialen Erregenschaften in Deutschland nicht preisgeben. Sollten die Reparationsverpflichtungen nur erfüllt werden können bei Heraufsetzung der achtstündigen Arbeitszeit, so müssen diese Verpflichtungen eben nachgeprüft und dem Achtstundentag angepaßt werden. Der Kampf der Unternehmer gegen die 46-Stunden-Woche ist ebenfalls nur ein Kampf gegen den Achtstundentag.

Die zehn Punkte des ADGB haben bei der gesamten Arbeiterschaft einmütige Zustimmung gefunden. Von Kritikern wird behauptet, daß der Bundesvorstand es mit der Durchführung der zehn Punkte nicht ernst gemeint hat. Alle Kritiker werden damit einverstanden sein, daß die Bundesbesetzung nicht für den Tag tätig sein darf. Sie muß ein gewisses Ziel aufstellen, nach dessen Erreichung gestreift werden soll. Die zehn Punkte bilden ein Programm, das sachlich begründet, doch in vollem Umfang nicht sofort zu verwirklichen ist. Die Sozialisierung ist für die deutschen Gewerkschaften kein bloßes Schlagwort, darum müssen sie den Bestrebungen der Industrie, staatliche und kommunale Betriebe in private Hände zu überführen, stärksten Widerstand entgegenstellen. Der Bundesvorstand braucht für seine Tätigkeit Vertrauen und Einigkeit der Arbeiter. Seine Arbeiten erstrecken sich auf fast alle öffentlichen und politischen Gebiete. Die Reparationen, Wiederaufbau, die abgetrennten deutschen Gebiete und anderes beschäftigt den Bundesvorstand. Aber die Arbeiten der politischen Parteien zu übernehmen müssen wir ablehnen. Daß noch stärkere Anforderungen an den ADGB gestellt werden, spricht von einem starken Vertrauen der Mitglieder zu ihren Gewerkschaften und hebt sich angenehm ab von dem alten früher viel gebrauchten Schlagwort: „Es nützt ja doch nichts“. Noch sind wir nicht am Ende unserer Entwicklung, noch können Tausende gewonnen werden. Auch das sollte in der Debatte beachtet werden.

Zweiter Verhandlungstag.

Zunächst nimmt der Vertreter der französischen Gewerkschaften Bouhau zu einer Begrüßungsansprache das Wort, in der er hervorhebt, daß nur die Zusammenarbeit der französischen und deutschen Arbeiter die Erhaltung des Friedens verbürgt. Eine Gesundung der Welt und der Völker ist nur möglich, wenn deutsche und französische Arbeiter einig sind.

Für die zum zweiten Punkt der Tagesordnung (Bericht des Bundesvorstandes) gestellten Anträge wird die Unterrichtsfrage gestellt.

Als erster Generalredner spricht W a l c h e r (Kommunist): Das Mittelbündigungsrecht der Arbeiter und Angestellten ist immer mehr verkommen und geht fast zum bloßen Schein geworden. Die politischen Morde, das Wüten der Rassenjüdisch getzeln, wozu (sic) die Dinge in Deutschland entwideln. Der Gewerkschaftsbund ist nicht nur zahlenmäßig gewachsen, er ist zu einem der bedeutendsten Faktoren im politischen Leben Deutschlands geworden, ohne dessen Mithilfe nicht regiert werden kann. Aber wie kommt es, daß die herrschende Klasse, das Unternehmertum in Deutschland an Boden gewann und das Elend der Arbeiter immer größer wurde? Das liegt an der falschen Einstellung des Bundesvorstandes, deutlich kommt das in seiner Stellung zum Betriebsrätegesetz zum Ausdruck. Er hat die Betriebsräte mit dem denkbar größten Mißtrauen betrachtet, er hat sie zu Höchststrafen des konträren Kapitalismus degradiert. Die Schriftleitung der Betriebsrätezeitung wird von Unternehmerorganisationen gelobt, weil sie deren Interessen vertritt. Der Bundesvorstand hat nach dem Kapp-Putsch vollständig verfaßt. Selbst der Ausschuss hat die damaligen Abmachungen der Bundesleitung als ungenügend angesehen. Der Bund hat seine Abmachungen aber nicht durchgeführt und wollte die Erfüllung seiner Forderung abhängig machen von der Zusammensetzung des Reichstages. Nichts hat er weiter getan, um seine Forderungen durchzuführen. Ein völliges Verlegen der Bundesleitung. Durch die Erfüllungspolitik des Bundesvorstandes hat er sich, mit verantwortlichkeit gemacht für die Laten der Regierung. Mit der Verpflichtung des Erfüllungswillens mußte er auch die Möglichkeit zur Erfüllung geben und kann darum die Verantwortung der Gutsdarten der Kalkuli und anderer auf Aufhebung des Achtstundentages nicht ablehnen. Er hat es unterlassen, die gesamte Arbeiterschaft machtvoll zusammenzufassen und ihr ein Ziel zu geben und die notwendige Willenskonsequenz vermissen lassen. Seine Forderungen waren keine kommunizistischen, ihre Erfüllung war im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft möglich. Im Reichswirtschaftsrat hat Umbreit, der durch den Vorstand gelehrt wurde, der Vorlage der Schlichtungsordnung seine Zustimmung gegeben. Auf diesem Kongreß will der Bundesvorstand, indem er die Schlichtungsordnung als besonderen Gegenstand zur Tagesordnung absetzte, die Delegierten vor eine vollendete Tatsache stellen. Die Regierung weiß also, daß sie ersichtlich Widerstand vom Bund nicht zu befürchten darf. Der Bundesvorstand hat in der Frage der Erwerbslosenfürsorge eine von der Arbeiterschaft abweichende Stellung angenommen,

den er für die Erwerbslosenversicherung eintrat. Die tatsächlichen Ungleichheiten bei Führung des Streiks der Eisenbahner konnte für den Bundesvorstand kein Grund sein, zum Streikbruch aufzufordern. Er hat damit die Interessen des Vaterlandes über die Interessen der Streikenden gestellt. Der Vorstand hat auch auf internationalen Gebiet völlig verfaßt. Durch seine Einstellung hat sich der Bund zum Anhängel der deutschen Regierung gemacht. Der Bontag gegen Ungarn und Polen ist mehr als lag durchgeführt worden. Arbeiter, die sich wirklich für die Durchführung des Bontags wirtfam einlegten, kamen ins Zuchthaus. Stolz auf die eigene Weisheit verweist man auf das Elend des Proletariats in Sowjetrußland, man überschätzt die Kraft des Kapitalismus und unterschätzt die Macht der Arbeiterklasse. Durch die Logik der Tatsachen werden diejenigen, die dem Bundesvorstand folgen, gezwungen werden, von ihrem Reformismus abzugehen. Die Arbeiterschaft wird sich auf die Dauer von dem Kapitalismus nicht verflauen und unterjochen lassen. Wer einen kommenden Krieg verhindern will, der muß zum Bürgerkrieg rufen: Die Arbeiter haben keine Ursache, auf die Lebensnotwendigkeiten des Kapitalismus Rücksicht zu nehmen. Macht Schluß mit den Arbeitgemeinschaften, mit der Koalitionsregierung und nützt alle Kräfte des Proletariats für den Kampftag. Sollen die Gewerkschaften nicht zugrunde gehen, so muß sich der Bundesvorstand anders orientieren.

D i s m a n n (USP.): Unsere Kritik muß getragen werden von dem ersten Willen zu einer Verständigung. Die Kritik auf dem Kongreß in Nürnberg vor drei Jahren war eine berechtigte. Es gibt keine Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit. Eine Volksgemeinschaft in diesem Sinne sehen wir laufend ab. Wir kennen nur eine Interessenerhebung des werktätigen Volkes. In Nürnberg stand die Arbeiterschaft noch in der Offensive, jetzt ist sie in die Verteidigungsstellung gezwungen worden und hat Mühe, die Erregenschaften der Revolution zu wahren. Es ist zu bezweifeln, ob es unsere Arbeitervertreter in der Regierung gelingen wird, den Achtstundentag zu halten. Schon jetzt verjuden die Unternehmer, sich von den Fesseln des Tarifvertrages zu befreien, wir stehen schon mitten im Kampf um den Tarifvertrag. Während des Eisenbahnerstreiks ist durch die Verordnung des Reichspräsidenten und durch Mißhilfe untergeordneter Organe aus größtenteils das Koalitionsrecht verlegt worden. Das „Korrespondenzblatt“ arbeitete in einem Fall denjenigen in die Hände, die uns das Koalitionsrecht nehmen wollten. Der Streik gegen die Eisenbahner galt doch nicht nur den Beamten. Schon jetzt verbieten die Gerichte das Streikpostenstellen. In der sozialen Reifprechung kümmert man sich oft nicht um die Auslegungen selbst des Arbeitsministers. Wenn die Arbeiterschaft den § 55 der Schlichtungsordnung, diesen Zuchthausparagraphen, annimmt, verbietet sie nichts-besseres. Die Technische Mißhilfe ist zu einem Instrument des Kapitalismus geworden. Im Prinzip hat der Ausschuss des ADGB der Arbeitlosenversicherung zugestimmt, während der Allgemeine freie Angestelltenbund sich für die Erwerbslosenfürsorge erklärte. Wie stellt es denn mit der Sozialisierung des Bergbaues? Glaubt jemand, daß man, wenn man mit Stinnes und Genossen über Koalitionsrecht verhandelt, zur Sozialisierung kommen wird? Glaubt man, daß die Sozialisierung auf dem Verhandlungswege durchgeführt werden kann? In der Ernährungspolitik wird die Agrarier jetzt Trumpf. Durch Arbeitgemeinschaften kann man dem nicht entgegenetzen. Es ist typisch, daß man beim Stapellauf der „Carl Legien“ die Arbeitgemeinschaften feiert, so liegen sie sicher nicht im Interesse des Proletariats. Der Bundesvorstand hat nichts Ernsthaftes für die Durchführung der zehn Punkte getan. Diese zehn Forderungen können nicht nur programmatisch aufgestellt, sie müssen realisiert werden und lebendige Wirklichkeit erhalten. Sind sie auch mit einem Schlage nicht durchzuführen, so gibt es aber doch zwischen etwas oder nichts noch einen weiten Weg. Ehe wir uns die Fesseln der Schlichtungsordnung anlegen lassen, müssen wir mit dem stärksten und letzten Mittel uns zur Wehr setzen. Der Bundesvorstand treibt während des ganzen Jahres eine Politik, die eingestellt ist auf die Politik der SPD und der Regierung. Ich freue mich, daß die Arbeit der Amsterdamer Internationale ein Aktposten ist, der der gesamten organisierten Arbeiterschaft zugute kommt. Der Kollege Walcher sollte sich freuen, daß die vielgelästerte gelbe Internationale in Laten den Weg geht, den die Kommunisten nur in Worten gegangen sind. Laßt uns fortfahren auf diesem Wege! Im proletarischen Kampf hat jeder seine Pflicht zu erfüllen. Wir betrachten im Gegensatz zu den Kommunisten die Arbeit in den Gewerkschaften nicht so, daß wir das Haus, in dem wir wohnen, fortgesetzt mit Steinen bewerfen und beschaffen. Sorgt dafür, daß eine Gewerkschaftspolitik geschrieben wird, die in den Arbeiten des Bundesvorstandes ihre Auswirkung findet. Gewerkschaftsarbeit und Politik sind nicht voneinander zu trennen. Ich bedauere, daß die Gewerkschaftspolitik beim Kapp-Putsch nur die Zustimmung gefunden hat, daß die Entwicklung seitdem rückwärts geht. Laßt uns heute den Glauben haben an das, für was unsere Vorkämpfer gestämpft und gestritten haben.

B r e y (SPD.): Der Bericht gibt noch kein Bild von den Schwierigkeiten, unter denen die Arbeiten des Bundesvorstandes erledigt wurden. Ich spreche nicht vom parteipolitischen, sondern vom meinem Gewerkschaftspunkt und frage mich, was ist mit den verfügbaren Kräften zu erreichen möglich. Und damit will ich auch das Beste für das Proletariat. Die Gewerkschaften und der Bundesvorstand haben mit den sozialpolitischen Arbeiten ein so großes Aufgabengebiet, daß sie sich nicht in das große Gebiet der Politik begeben können. Die erste Voraussetzung für die Wirklichkeit des Sozialismus ist der Besitz der Rohstoffquelle. Für Deutschland ist diese Quelle verschüttet. Ist jemand der Auffassung, daß die Stärke unserer Gewerkschaften diese Voraussetzungen erlehen kann? Die zweite Voraussetzung ist die Welt als Weltmarkt und die dritte die Welt als Absatzmarkt. Sind uns und den anderen Ländern die Möglichkeiten, die Voraussetzungen zu erfüllen, gegeben? Nein, sie sind für uns erschlossen und verschüttet. Heute wird eine sozialistische Insel nur das Werk eines befähigten Revolutionären sein können, aber nie Wirklichkeit werden. Es fehlen die geistige Einstellung und die tatsächlichen Voraussetzungen. Heute vollzieht sich die Konzentration in anderer Art, als bis zum Jahre 1914. Kapitalienkonzentration ist noch keine Konzentration. Es haben sich Konzentrationen heute sogar vollzogen aus Kapitalmangel, aus Vorsicht vor der unsicheren Wirtschaftslage,

aus dem Kohlenmangel. Sollen wir an diesen Dingen nichts vorübergehen? Ich sehe also die Vorbedingungen für den Sozialismus nicht gegeben. Es ist vor dem Arbeiter nicht zu verantworten, zu einem Kampf für die zehn Punkte aufzurufen, wie ihn die Kommunisten wollen, mit allen Mitteln, d. h. zum Zustand, der zum Zustand und damit zum Bürgerkrieg wird. Für die Sozialisierung ist uns von den Vertretern des maßgebenden Verbandes Bericht gegeben worden, der erschütternd und entscheidend wirkte. Weil der Bund nun nicht mit den bestammten letzten Mitteln für die zehn Punkte eintreten wollte, wurde er beschimpft. Er wurde verlastet, weil er es ablehnte, einen Kampf bis zum Verbluten und damit zur Zerrückung der Organisation zu führen. Zur Verwirklichung des Sozialismus brauchen wir eine einheitliche und geistig geschulte Arbeiterkraft. Und haben wir die? Von 13 Millionen Erwerbstätigen haben wir nur 8 Millionen, die zu unserer Frage gehören. Und wieder von den 8 Millionen hatten sich bis 1914 nicht organisiert? Wir dürfen vor den realen Tatsachen nicht die Augen schließen. In dem Mutterlande der radikalsten Arbeiter ist durch den allrussischen Gewerkschaftsbund beschlossen worden, das Mittel des Streiks eine Zeitlang außer acht zu lassen. Die russische Sowjetrepublik ist ein Beispiel dafür, wie man den Sozialismus nicht einführen soll. Dort hat der Sozialismus zu existieren aufgehört. Wo gibt es in Rußland ein Recht der Beamten und Eisenbahner? In Deutschland sind die Volkswirtschaftler sozialistischer Couleur, die für die Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten sind, von keiner Partei reklamiert und von der sozialistischen Partei abgeschickt worden. Wir sind bereit, das Koalitionsrecht der Beamten zu verteidigen und haben getan, was im Bereiche des Möglichen liegt. In welchem Lande gibt es für Beamte ein Streikrecht in dem Maße, wie wir es in Deutschland haben? Ueber die Arbeitsgemeinschaft hat nicht der Gewerkschaftsverband, darüber haben die einzelnen Verbände zu entscheiden. Die Eisenbahngewerkschaft der Metallarbeiter ist auch eine Arbeitsgemeinschaft mit Interessenvertretern des Kapitals, mit Stinnes und Co. Bei der Technischen Nothilfe ist dafür Sorge zu tragen, daß man sie nicht braucht. Beim Landarbeiterstreik und dem Streik der Eisenbahner hat das föderale Ministerium die Anwendung der Technischen Nothilfe gestattet. Die Gewerkschaftsleistungen und der Bundesvorstand verdienen keinen Tadel. Ihre Tätigkeit war die einzig richtige. Sie sollte Allgemehrheit der deutschen Arbeiterschaft werden, dann würde diese vor bitteren Enttäuschungen bewahrt bleiben.

Zu Beginn der Nachmittagsführung erstattet die Mandatsprüfungskommission Bericht. Auf dem Kongreß sind 7 574 825 Mitglieder durch 690 Delegierte vertreten. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Gerrud Faber begründet einen Antrag zur Frauenfrage, in dem gleicher Lohn für gleiche Arbeit verlangt wird, gleiche Unterstützung für männliche und weibliche Erwerbstätige und bessere Schulung der Frauen in den Gewerkschaften. Die Rednerin kritisiert die Schriftleitung der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“, die zu einem Organ des Klassenkampfes umgestaltet werden muß.

Paeplow begründet eine Entschleunigung zur Wohnungsfrage, die folgenden Wortlaut hat:

Der 11. Kongreß des DGB. begrüßt und billigt es, daß der Bundesvorstand nachdrücklich Einfluß genommen hat auf die Lösung der Wohnungsfrage und auf eine gemeinwirtschaftliche Regelung der Baustoffherstellung und Baustoffbeschaffung. Er begrüßt und billigt es fernerhin, daß einzelne Gewerkschaften aus eigenem Antrieb heraus Einfluß auf die gemeinwirtschaftliche Regelung der Produktion genommen und die Errichtung gemeinwirtschaftlicher Betriebe gefördert haben.

Der 11. Kongreß des DGB. beauftragt den Bundesvorstand,

1. die von ihm eingeleitete gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswezens und der Baustoffe weiter zu betreiben und die Reichsregierung sowie die Parlamente der Länder und Gemeinden darauf hinzuwirken, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen die Wohnungsnot und Wohnungswucher auf breiterer Grundlage aufnehmen müssen, wenn nicht wirksame durchgreifende Maßnahmen zur Befriedigung der ständig wachsenden Mißstände ergriffen werden;
2. die wirtschaftliche und finanzielle Macht der organisierten Arbeiterschaft in den Dienst der Gemeinwirtschaft zu stellen und im Bundesbureau eine Zentralstelle zu schaffen, deren Aufgabe es sein soll, die Lieberführung der privatrechtlichen Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft planmäßig zu fördern und alle Bestrebungen innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung, die auf dieses Ziel eingestellt sind, zusammenzufassen.

In der weiteren Debatte über den Geschäftsbericht läßt sich Redner der Opposition scharfe Kritik an der Tätigkeit der Bundesleitung. Neue Momente werden dabei nicht zum Vortrag gebracht. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen und damit erreicht die Sitzung ihr Ende.

Geld vorichtig!

Der die Entwicklung der Weltwirtschaftsverhältnisse klaren Blickes beobachtet und verfolgt, der wird aus seinen Beobachtungen den Schluß ziehen müssen, daß unsere Gewerkschaften einer äußerst kritischen Zukunft entgegensehen. Große Kämpfe hat das Unternehmertum in der letzten Zeit den Gewerkschaften bereits geliefert. In Frankreich, in England, in Skandinavien, in der Tschechoslowakei, in Amerika, in der Schweiz haben mehr oder weniger umfangreiche Abwehrkämpfe getobt, weil die Unternehmer die Löhne herabsetzen oder die Arbeitszeit verlängern wollten. Diese Erscheinung sehen wir eben in allen Ländern mit hochwertiger Wälua. Der Angriff der Unternehmer dient dem Zwecke, die Indusstrie dieser Länder wieder konkurrenzfähiger zu gestalten und den wäua-schwachen Ländern die, von diesen kraft ihrer durch diesen niedrigen Wäuastand begünstigten Konkurrenzfähigkeit, eroberten Absatzgebiete wieder abzugeben. Doch es in Deutschland mit seinem niedrigen Wäuastand auch schon zu großen Kämpfen gekommen ist, entspringt dem gleichen kapitalistischen Bedürfnis. Hier will man die eroberten Absatzgebiete behaupten, und zwar auch auf Kosten der Arbeiter durch

Lohnkürzungen oder Arbeitszeitverlängerung, die ganz naturgemäß gleichfalls Lohnsenkungen im Gefolge haben muß.

Der Zug zur wirtschaftlichen Weltreaktion ist ununterbrechbar. Der Unternehmer sucht eben bei Erwerb der zur Warenherstellung benötigten Stoffe und Kräfte an der Stelle zu sparen, wo der Gegendruck am ehesten zu brechen möglich ist. Beim Rohstoffbezug stehen ihm starke kapitalistische Kräfte (Syndikate, Trusts) gegenüber, die unerschütterlich stehen; deshalb ist er geneigt, dort einzusetzen, wo der Widerstand weniger gefestigt zu sein scheint — er sucht den Preis der Ware Arbeitkraft herabzudrücken. Deshalb die wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Zeit, die mit teilweise recht zäher Leidenschaft ausgefochten wurden.

Diese reaktionäre Wirtschaftsercheinung befindet sich erst in den Anfangsstadien. Die Kämpfe der hier geschilderten Art werden in dem Moment allgemeiner und scharfer werden, wenn sich auch in den Ländern mit herabgedrückter Wälua die Weltwirtschaft bessert, wenn die Weltwälua sich mehr stabilisiert. Dann wird das Unternehmertum alles daran setzen, das eroberte Kontingenzfeld zu beherrschen durch verstärkten Lohndruck und die Forderung verlängerter Arbeitszeit. Auf der Gegenseite aber steht die mehr oder weniger verelendete Arbeiterschaft, die jahrelang geduldet und entbehrt hat und nun bei Besserung des Geldstandes etwas mehr Luft schöpfen möchte, um vor allem jahrelang hinausgeschobene Neuanschaffungen bewerkstelligen zu können. Da werden dann die wirtschaftlichen Gegensätze hart aufeinanderprallen.

Ist die Arbeiterschaft auf solche Zukunftskämpfe vorbereitet? Ganz gewiß, der gewerkschaftliche Apparat der Arbeiter wirkt gerade noch in leidlich zufriedenstellender Weise. Aber wir müssen allgemein die Beobachtung machen, daß dem Gros der Arbeiterschaft die hier erläuterte Zukunftsperspektive noch erst sehr wenig zum Bewußtsein gekommen ist, daß sie mit ihren gangen Gedankenengängen in der Gegenwart unherfotopelt und den Ernst der Zukunft noch gar nicht ins Auge gefaßt hat. Somit würde sie heute nicht so oft in geradezu leichtsinniger Weise in den Streik gehen und lieber mehr für die Zukunft rüsten. Daß heute die meisten Angriffsziele für die Arbeiter mit einem Sieg enden, sieht allerdings auf den ersten Blick recht verlockend aus. Das ist aber nicht der seit 1913 machtvoll hochgehenden Gewerkschaftsstarke allein zu verdanken, in starkem Maße wirkt dabei mit die stetig steigende Tendenz der Fixstangemittelverknüpfung, die allmählich gebieterisch eine neue Lohnherhöhung bedingt. Gelingt es den Arbeitern nicht, bei Lohnverhandlungen annehmbarere Resultate zu erzielen, greifen sie deshalb zum Streik, so wird dieser zumeist nach einigen Wochen einen vollen Erfolg zeitigen. Denn dafür sorgt schon die neue Leuerungsquelle, die die alte Forderung überflutet und diese nimmere als effektive Notwendigkeit selbst einem verhältnismäßig unternehmer gegenüber rechtfertigt. Der Streik wird genommen (wie man so sagt) und die Arbeiter freuen sich ihres Sieges.

Nur daß die Sache ihren Haken hat. Es fragt sich nämlich, ob die Differenz des Streiklohnens wert war angesichts des Umstandes, daß nach vier Wochen ja doch schon wieder eine neue Lohnforderung zur Debatte steht. Zunächst liegt es pfeisfah, daß man einige Wochen gestreift und damit die neue Bewegung um diese Zeit weiter hinausgeschoben hat. Zum andern ist das, was der Arbeiter durch den Streik an Lohn eingebüßt hat, ein schwer gutzumachender Nachteil, denn ein nächsternes Rechenexempel ergibt, daß sich der Arbeiter trotz des Sieges pekuniär geschädigt hat. Einmal angenommen, daß es sich bei Eintritt in den Streik um 2 Mt. Mehrlohn pro Woche, also um rund 100 Mt. Mehrlohn pro Woche gehandelt hat. Angenommen, daß der Arbeiter bei voller Bewilligung seiner Forderung 1000 Mt. pro Woche verdient hätte, während es so nur 900 Mt. gewesen wären. Er streift also zwei Wochen, setzt die 1000 Mt. durch, hat aber nun natürlich durch den Streik 1800 Mt. Verdienstantgang zu verzeichnen, dem vielleicht 500 Mt. Streikunterstützung gegenübersteht. Der effektive Verlust beträgt dann immer noch 1300 Mt., der sich allerdings für einige Wochen durch den entpämpften Mehrverdienst von wöchentlich 100 Mt. etwas verringert, aber auf keinen Fall völlig ausgeglichen wird, weil eben in einigen Wochen bereits die neue Lohnbewegung fällig ist. Möglich, daß dann die Chance sich dadurch etwas günstiger gestaltet, weil bereits ein um 2 Mt. höherer Stundenlohn als ursprünglich zu Papier steht und es leichter wird, nimmere wieder einen etwas höheren Lohn herauszuschinden, als ohne das Zwischenstadium des Streiks möglich gewesen wäre. Jedensfalls ist der effektive Streikerfolg recht problematisch und das Endresultat bleibt ein Minus an Arbeitereinkommen.

Wir wollen beiseite nicht faumachen. Wir können uns sehr wohl Fälle denken, in denen das Entgegenkommen der Unternehmer so minimal ist, daß ein friedlicher Vergleich nicht möglich ist. Es können auch prinzipielle Dinge sein, die bei den verschiedensten Differenzen einen friedlichen Ausgleich nicht zulassen, so daß der Streik als letztes Mittel in die Waagschale geworfen werden muß. Die Arbeitergewerkschaften können und sollen auf keinen Fall alles unbedungen hinnehmen, was ihnen die Unternehmer herablassend zu bewilligen für gut befinden. Wir wollen mit unserer Darlegung aber sagen, daß es vorteilhaft ist, einmal darüber nachzudenken, ob nicht heute eine andere Taktik als in der Vergangenheit am Platze ist und daß es nötig ist, an alle Lohnfragen mit recht tüchtler Mäßigkeit heranzutreten. Denn heute handelt es sich ja nicht um Tarifkürzungen auf Jahre hinaus, sondern auf einige Wochen, und in kurzer Zeit kann schon wieder nachgeholt werden, was vielleicht nach der Meinung mancher Arbeiter bei der letzten Bewegung verkannt wurde. Mehr denn früher müssen sich angesichts der veränderten Sachlage heute die Arbeiter die Frage vorlegen, ob es für sie nützlicher ist, in den Streik zu treten oder auf einige Wochen mit etwas weniger als erwartet vorlieb zu nehmen.

Woche zu Woche ohne Austausch besonderer Vorteile geradezu verschleudert werden! Darum übt Vorsicht! Denkt an die Zukunft, daß sie euch gerüstet findet! Spart eure Kräfte möglichst für die kommende Zeit, um dann dem Gegner so kraftvoll wie möglich entgegenzutreten zu können! Wägt und wagt nur erst dann, wenn ein anderer Ausweg nicht mehr möglich scheint!

Das sind die Arbeiter immer wieder ins Gedächtnis gerufen werden. Und wenn wir das tun, so handelt es sich dabei nicht um faumacherei, sondern um das Gegenteil. Es soll erudigt werden, die Gewerkschaftsverbände für die sicher in Aussicht stehenden großen Zukunftskämpfe zu wappnen. Bei dieser notwendigen Arbeit darf keiner zurückschrecken, denn die Gewerkschaft am Herzen liegt, und der weiß, daß deren Wohlfinden mit dem eigenen Bessergehen aufs innigste verknüpft ist. Darum seid vorfichtig! Berzettelt nicht eure Kräfte in belanglosen Kleinkämpfen, auf daß auch die Zukunft gerüstet findet!

Das Existenzminimum im Mai 1922
Von Dr. H. Kucharski.

Die Kosten des Existenzminimums sind im letzten Monat um annähernd einen Zehntel gestiegen. In Groß-Berlin kostete im Mai rationiertes Brot 31mal soviel wie vor acht Jahren, Gas 34mal soviel, Milch 33mal soviel, Margarine 44mal soviel, Briketts 52mal soviel, Brot im freien Handel 53mal soviel, Reis 57mal soviel, Zucker 58mal soviel, Kartoffeln 90mal soviel.

Berechnet man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien und beschränkt man sich bei der Deutung dieses Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 68 Mt., für eine Frau auf 131 Mt., für einen Mann auf 177 Mt. Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im Mai 1914 für ein Kind 1,48 Mt., für eine Frau 2,96 Mt., für einen Mann 3,81 Mt. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor acht Jahren billiger, weil z. B. billiger Zucker damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Vormonate werden hier für die Vorkriegszeit angelegt: Kind 1,75 Mt., Frau 2,80 Mt., Mann 3,50 Mt.).

	Preis Mai 1922	Preis Mai 1914
2000 Gramm Brot (rationiert)	1538	40
250 " Roggenmehl	485	7
250 " Grauen	500	10
3000 " Kartoffeln	1620	18
125 " Margarine	875	20
250 " Marmelade	600	15
125 " Zucker	850	6
1 Liter Milch	885	28
Zusammen für ein 6—10jäh. Kind	6801	148
600 Gramm Brot (freier Handel)	635	12
250 " Vorkholven	505	13
250 " Speltelbohnen	460	11
500 " Kartoffeln	270	8
250 " Mägensteif	1600	56
125 " Speck	1480	20
250 " Salzgeringe	500	13
125 " Margarine	875	20
Zusammen für eine Frau	13126	296
800 Gramm Reis	1245	22
250 " Erbsen	470	10
125 " Speck	1480	20
250 " Salzgeringe	500	13
125 " Margarine	875	20
Zusammen für einen Mann	17690	381

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Briketts und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 14 Mt. (1913/14: 5,50 Mt.), für Heizung 60,25 Mt. (1,15 Mt.), für Beleuchtung 25,80 Mt. (0,75 Mt.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 100 Mt. (2,50 Mt.), Frau 67 Mt. (1,65 Mt.), Kind 33 Mt. (0,85 Mt.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgebe, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 28 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Frau	Kind
Ernährung	177	303	444
Wohnung	14	14	14
Heizung, Beleuchtung	88	80	86
Bekleidung	100	167	238
Sonstiges	106	161	218

Mai 1922	488	736	995
April 1922	440	676	915
März 1922	376	579	789
Februar 1922	305	408	627
Januar 1922	268	408	548
Mai 1921	140	200	285
Mai 1920	177	267	365
August 1918/Sept. 1914	10,75	32,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im Mai 1922 für einen alleinstehenden Mann 80 Mt., für ein kinderloses Ehepaar 123 Mt., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 196 Mt. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 25150 Mt., für das kinderlose Ehepaar 38400 Mt., für das Ehepaar mit zwei Kindern 61900 Mt.

Am letzten Vorkriegsjahr bis zum Mai 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 483 Mt., d. h. auf des 28,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 736 Mt., d. h. auf das 33,0fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 995 Mt., d. h. auf das 34,5fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt etwa 3 Pf. wert.

Aus unseren Zeitschriften

Dresden. Am 8. Juni nahm eine gutbesuchte Mitgliederversammlung Kenntnis von den Lohnverhandlungen im Buch- und Steindruck. Der Vorsitzende Kollege Herrmann schilderte die Schwierigkeiten und den Grund des Scheiterns der Verhandlungen im Buchdruck. Das unsolange Verhalten der Prinzipale, speziell der Provinzialunternehmer, gewinnt immer mehr an Einfluss. Selbst vor dem Reichsarbeitsministerium konnte eine Einigung nicht erzielt werden, so daß diese Anstanz eines Schiedspruch fällen mußte, welcher dann von beiden Parteien angenommen wurde. Die Teamsatzungen in gleicher Höhe an das Hilfspersonal zu zahlen, löscherte auch diesmal wieder an der Unernunft einer gewissen Prinzipalengruppe. Neben dem auf die Schwere der kommenden Zeit und präzisierter die verschiedenen Ansichten der Unternehmer. Zum Steindruck übergehend veranschaulichte er der Kollegenschaft die gestellten Forderungen und zeigte auf, inwieweit dieselben bei den langwierigen Verhandlungen Beachtung gefunden hätten. In puncto Entlohnung ergibt das Abkommen folgendes Bild:

Hilfsarbeiter:	Reihezeile		Bolge		
	Satzge Mk.	Rohn Mk.	Satzge Mk.	Rohn Mk.	
bis zu 16 Jahren	—	—	10,00	440,00	
bis zu 17 Jahren	—	—	55,00	496,00	
bis zu 18 Jahren	—	—	77,00	590,00	
bis zu 20 Jahren	—	—	77,00	632,00	
bis zu 22 Jahren	90,00	735,00	90,00	725,00	
bis zu 24 Jahren	96,00	782,00	96,00	772,00	
über 24 Jahre	130,50	928,00	130,50	913,00	
Anlegerinnen:	Bogenfängerinnen:				
Differt-Rotary	76,50	556,00	71,50	571,00	
über 95 125	76,50	579,00	71,50	564,00	
über 70 100	76,50	574,00	71,50	559,00	
bis 70 100	76,50	669,00	71,50	554,00	
Buchdruck- anlegerinnen:	Reihezeile		Bolge		
	Satzge Mk.	Rohn Mk.	Satzge Mk.	Rohn Mk.	
Buchdruck	76,50	564,00	Schwarzdruck	76,50	559,00
Arbeiterrinnen:					
	bis 16 Jahre	—	10,00	330,00	
	bis 17 Jahre	—	52,00	381,00	
	bis 18 Jahre	—	52,00	393,00	
	bis 20 Jahre	—	65,00	480,00	
	bis 22 Jahre	—	65,00	505,00	
üb. 22 Jahre	—	65,00	515,00		

Sofaaußegerinnen sind den Anlegerinnen im Lohn gleichzustellen.

Die Steindrucklerzulage ist von 10,— auf 20,— Mk. pro Woche erhöht. Die Cuschbildung für Bronzieren usw. beträgt nunmehr 1,— Mk. pro Stunde. An Bleichdruckmaschinen erhalten Zulagerinnen denselben Lohn wie Einfederinnen. Hilfsarbeiterinnen, die an Rotationsmaschinen tätig sind, erhalten auf jeden Fall die Zulage von 10,— pro Woche mehr.

Das Abkommen gilt für den Monat Juni.

Weiterhin gab er bekannt, daß es nicht möglich gewesen sei, die prozentuale Anteilnahme an der zukünftigen Zulage der Gehilfen abzuschließen. Die Prinzipale hätten erklärt, daß die bekannten Prozenzfälle sich im graphischen Gewerbe zur Bewertung der Entlohnung der ungelerten Arbeiter eingeleitet hätten und daß es für sie ein Prinzip sei, welches sie nicht durchbrechen könnten. Sie wären aber jederzeit bereit, sollte die Differenz zwischen Gehilfen- und Hilfspersonalentlohnung eine zu große werden, diese durch Ausgleichszulagen zu vermindern.

In der Debatte wurde die Ferienfrage im Steindruck kritisiert. Kollege Herrmann gab in längeren Ausführungen darüber Aufklärung. Von einer beantragten Abstimmung wurde Abstand genommen, da die Versammelten beider Parteien sich mit dem Abkommen einverstanden erklärten. Darauf gab Kollege Täubrich folgende Beschlüsse der Vertrauenspersonensitzung bekannt, welche nach kurzer sachlicher Aussprache einstimmige Annahme fanden:

1. Ab 1. Juli wird der Vokalbeitrag in allen Klassen von 1. Mk. auf 2 Mk. erhöht.
 2. Die bis jetzt gewährte Vokalunterstützung bei Krankheitsfällen kommt vom gleichen Zeitpunkt an in Wegfall.
 3. Die Marken für vorläufig Abgemeldete werden auf 50 Pf. erhöht ab 1. Juli.
- Des weiteren gab Kollege Täubrich um recht rege Beteiligung der Kollegenschaft zum Kinderfest und verwies auf die Filmvorführung „Die weiße Geißel“.

Hamburg. Die gutbesuchte Mitgliederversammlung am 31. Mai nahm Stellung zu den neuen Lohnverhandlungen. Kollege Sellge berichtete dahingehend, daß nach dem Scheitern der Verhandlungen das Reichsarbeitsministerium den bekannten Schiedspruch fällte. Eine Diskussion fand nicht statt, so daß der Vorstand annehmen mußte, daß die Kollegenschaft mit diesem Schiedspruch einverstanden ist. Anschließend gab Kollege Sellge die neuen Zulagen für den Steindrucknengewerbe bekannt. Für männliche Arbeiter wurden 130 Mk., 120 Mk. und 110 Mk. erreicht, für Anlegerinnen und Abnehmerinnen die bekannten Prozenzfälle.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung gab Kollege Lohse kurzen Bericht über den am 2. April stattgefundenen Gau-tag, auf dem 15 Zeitschriften mit 871 männlichen und 1747 weiblichen Mitgliedern vertreten waren. Sämtliche Delegierte sprachen sich für Beibehaltung des Tarifs aus, weil hauptsächlich in kleinen Orten der tariflose Zustand ein unheilbarer ist. Das „Mitteilungsblatt“ soll nach wie vor nur in Hamburg zur Ausgabe gelangen, weil in den anderen Orten das Bedürfnis danach nicht vorliegt.

Unter „Innere Verbandsangelegenheiten“ machte Kollege Sellge eine Reihe von Veranstaltungen bekannt, die vom Gewerkschaftlichen Jugendausgänger getroffen wurden und dem Bildungs- und Unterhaltungsbereich der Jugendlichen voll Rechnung tragen, ferner das Solidaritätsgefühl stärken sollen. Fast sämtliche Veranstaltungen sind kostenlos oder mit so geringen Kosten verbunden, daß sie von sämtlichen Jugendlichen getragen werden können. Es sind Besichtigungen von Schiffen sowie einer Papierfabrik vorgesehen, ferner ein Ausflug nach Bergdorf mit anschließender Befestigung der dortigen Sternwarte. Kollege

Sellge richtete an die Jugendlichen einen Appell, diese Veranstaltungen zu besuchen.

Leipzig. Mitgliederversammlung vom 29. Mai. Genosse Baumgarten vom Arbeiterturnerbund referierte in längerer eindringlicher Weise über den Wert und Zweck des kommenden Turnfestes. Er ermahnte, sich rege an den Veranstaltungen zu beteiligen. Für Aufrechterhaltung der Ordnung ist ein großer Apparat von Kräften erforderlich, deshalb müßte sich jeder, wenn irgend möglich, für diese Arbeiten zur Verfügung stellen. Kollege Beyer, Schulze und Schäfer unterstutzten die Worte des Referenten und im Namen der Versammlung erstattete Kollege Beyer ihm den aufrichtigen Dank. Dann machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß immer noch ein Teil unserer Kollegenschaft ihren Vorkampfbetrieb nicht restlos abgeführt habe. Es ist Verpflichtung, gefasste Beschlüsse einzuhalten. Jede fehlende Marke gilt als Rest und wird von der Unterstützung abgezogen werden. Auch auf die Berufstätigung des Hauptvorstandes wies er hin, daß jedes Mitglied zur Errichtung eines eigenen Heims für den DDB 1 Mk. und für die süddeutschen Metallarbeiter alle männlichen 5 Mk. und alle weiblichen Mitglieder 3 Mk. zu entrichten haben. Er ersuchte nochmals, unzerfährlich den gefassten Beschlüssen nachzukommen. Dann beleuchtete er in längeren Ausführungen den bei den Firmen D. Brandstetter und Dr. Trenzler ausgebrochenen Streit. Schuld daran trage die Hartnäckigkeit der Prinzipale, da sie jede Minimallohnsteigerung ablehnten. Mit der Kampfesweise der Trentzler'schen Kollegen kann sich auch der Vorstand nicht einverstanden erklären, da dieselben gegen die Statuten und gegen den Beschluß des Leipziger Ortsvorstandes gehandelt haben und deshalb eine Unterstützung nicht in Frage kommen könne. Die Leipziger Rotationsauslegerinnen halten schon in Friedenszeiten tariflich 2,50 Mk. höheren Lohn als alle anderen Auslegerinnen. Diese Vergünstigung ist den Rotationsauslegerinnen durch Einführung des Reichsstarifs verloren gegangen. Ein Antrag an den Leipziger Ortsvorstand, Verhandlungen mit dem Verein Leipziger Buchdruckereibesitzer herbeizuführen zwecks Wiedererlangung ihrer früheren Besserstellung, wurde angenommen und dementsprechende Schritte eingeleitet. Der Mantelstarif im Steindrucknengewerbe läuft am 31. Mai 1922 ab und ist ordnungsgemäß gekündigt worden. Entsprechende Anträge sind in sieben Bezirksversammlungen beraten und der Vereinigung Leipziger lith. Anstalten unterbreitet worden. Da die Verhandlungen diesmal ganz besonders hartnäckig sein werden, ersuchte Kollege Beyer die Steindruckkollegenschaft, fest zusammenzutreten, um den evtl. Kampf erfolgreich zu beenden. Von den vier Angestellten in der Leipziger Ortsverwaltung haben laut Generaterversammlungsbeschluß nur zwei Beamte Stimmrecht, die beiden anderen nur beratende Stimme. Dadurch hat sich ein Mißstand herausgestellt, welcher unbedingt beseitigt werden muß, da entweder der erste Rasterer oder der zweite Vorsitzende ohne Stimmrecht sind. Im Februar 1922 feiert die Zeitschriften Leipzig das 25jährige Stiftungsfest. Um die notwendigen Vorbereitungen zu erledigen, haben Vorstand und Vertrauenspersonensitzung eine elfgliedrige Kommission vorschlagen und erließen ein Zutimmungen, die erteilt wurde. Die Ausführungen des Vorsitzenden wurden in der Debatte eingehend gewürdigt. Die Versammlung beschloß, den Mitgliedern von Dr. Trenzler aus Ortsmitteln zwei Tage Streikunterstützung zu zahlen. Zu dieser Unterstützung soll jeder Kollege 2 Mk. und jede Kollegin 1 Mk. aufbringen. Den Angestellten wurde das Stimmrecht zugesprochen. Kollege Worlopp erstattete dann einen Bericht über die Tätigkeit des Beirats. Er bedauerte, daß in diesem Jahre noch keine Sitzung einberufen worden ist, rügte das Verhalten des Beiratsvorsitzenden und kritisierte den Beschluß der Ferienbeihilfe für Angestellte. Kollege Worlopp äußerte sich außerdem zu der bevorstehenden Beitragserhöhung und versprach sich eine gerechte Regelung nach dem Antrag des Kollegen Wolfen. In der Aussprache wandte sich ein Kollege gegen die hohen Gehälter der Angestellten und gegen die Person des Kollegen Schmid. Ihm wurde von dem Vorsitzenden entsprechend erwidert. Dann erfolgte Schluß der Versammlung.

Rundschau

Einkommensteuer. Der Zentralverband der Angestellten hat an das Reichsfinanzministerium eine Eingabe gerichtet, in der er darauf hinweist, daß durch die fortschreitende Geldentwertung eine sofortige Verringerung des Einkommensteuergesetzes notwendig geworden ist. In dieser Eingabe wird vor allen Dingen gefordert, daß die Grenze für den 10prozentigen Steuerabzug von 50 000 auf 100 000 Mk. erhöht wird. Des weiteren wird eine sozial gerechtere Staffelung der Einkommenssummen zum Einkommensteuergesetz verlangt. Weiter schlägt der Zentralverband vor, die steuerfreien Zulagen für den Steuerpflichtigen sowie für die Werbungsstellen zu verdoppeln. — Abschrift der Eingabe ist dem Reichstage zur Stellungnahme zugegangen.

Giftig End vor Mostan, das war der Inhalt der wackeren Worte, die auf dem 8. Verbandstage des „Zentralverbandes der Fleischer und Berufsgenossen“ ein Delegierter des ungarischen Fleischerverbandes der Arbeiterchaft Deutschlands zurief. Seine Schilderung des Verbrechens der Kommunisten an Ungarns Arbeiterchaft war erschütternd. Die Taktik der Bolschewisten war dieselbe, wie sie in Deutschland angewandt wird. „Forderungen wir 40 Proz. Lohnsteigerung“, so ungefähr klang der unariische Genosse an, „so beantragten die Bolschewisten 80 Proz.; wollten wir den Achtundtendtag, so riefen sie nach dem Sechshundtendtag“. Was in Deutschland nicht mehr vermocht als vorübergehend die Arbeiterchaft in Bewirung zu bringen, in Ungarn gelang die verbrecherische Aufputschung der Massen, gelang die „Diktatur des Proletariats“, die in Wirklichkeit eine „Diktatur einzelner Personen“ war. Aber von ihren Verbrechen erfüllten die Bolschewisten keine. Statt sechshundtändiger, zehnstündiger Arbeitszeit, statt mehr Lohn gab es Hunger, statt Freiheit Terror — das war die Räterschaft in Ungarn. An ihrer Unfähigkeit, durch ihre eigenen Waffen ging die Herrschaft Bela Khuns unter.

Die Bedeutung der Arbeiterchaft für Deutschlands Industrie und Arbeiterchaft. Brot war heilig, Nicht minder heilig sollte uns die Rohle sein, die die Grundlage der neuzeitlichen Wirtschafts- und Menschheitsentwicklung ist. In

dem Juniheft der „Betriebsrätezeitung“ des DDB und des DFB-Bundes (Nr. 6) veröffentlicht der Geschäftsführer der technisch-wirtschaftlichen Ausschüsse des Reichslohnrats, Dipl.-Ing. zur Neben, eine Arbeit, von der man nur wünschen kann, daß die gesamte Presse sie abdrucke und die in jedem Wirtschaftsbetrieb zum Ausdruck kommen sollte. Der Wert der Kohlenförderung in Deutschland beträgt pro Kopf jährlich etwa 3000 Mk. Das macht nach Abzug der Kontributionen für die Familie etwa 8000—10 000 Mk., die unmittelbar und mittelbar in all dem, was wir benötigen, verbraucht werden. Dieses Schökes Wächter ist ein jeder von uns. Der Verfasser unterführt eingehend, welche Wege gegeben sind, um die Wirtschaftsumgebung zu steigern. In der Lokomotive ist der Wirkungsgrad nur 5 Proz. Durch die Hände eines einzigen Menschen, des Heizers, mandern in der Regel größere Werte, als an irgendeinem Punkt der industriellen Produktion. Von seiner Kenntnis, seiner Pflücktreue und Gewissenhaftigkeit hängen Ersparnis und Vergebung von Werten ab, die häufig in die Hunderttausende von Mark jährlich laufen. Wenn von der Verbrauchswirtschaft an den Werkzeugmaschinen, Transmissionen usw. winzige Bruchteile gepart werden, so wirken sie sich in Rohle 50fach aus. In unermeßlicher Kleinarbeit lassen sich große Vorteile erringen.

Diese Nummer zum Gewerkschaftistongreß enthält eine große Zahl weiterer wertvoller Beiträge, die Betriebsräten und Arbeitern die Zusammenhänge in unserer Wirtschaft zeigen. Wer die „Betriebsrätezeitung“ noch nicht kennt, beschaffe sich durch die Ortsausstellungen Probenummern. Das Abonnement, das auch jede Postanstalt annimmt, kostet vierteljährlich nur 3 Mk. Von dieser überaus günstigen Gelegenheit, sich fortzubilden, sollte gewiß jedermann Gebrauch machen.

Eingegangene Druckchriften

- Die „Sozialistische Gemeinde“, kommunalpolitische Zeitschrift des USPD, erscheint zweimonatlich. Bezugspreis vierteljährlich 12 Mk., Einzelnummer 2 Mk.
- „Deutsches Volk.“ Erklärungen zum Östlicher Programm. Von Gustav Radbruch, Berlin 1922. J. G. M. Dieck Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin.
- „Der babylonisch-biblische Schöpfungsbegriff und die Wissenschaft.“ Von Bruno Sommer, Berlin 1922. J. G. M. Dieck Nachf. und Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Gebunden 14 Mk.
- Der auf dem Gebiete der Religionsforschung seit Jahrzehnten tätige Genosse Bruno Sommer hat in seiner Schrift: „Der babylonisch-biblische Schöpfungsbegriff und die Wissenschaft“ ein lebendiges und einen reichen Inhalt eines Gedächtnisbildes der Schöpfungsbegriffe geschaffen. Der Bericht der Bibelforscher geht er wahrheitsgemäß nach, und mehr als alle andere Vorarbeiten, inwieweit unwiderstehliche Kompromisse zwischen der biblischen Darstellung und den Ergebnissen der Wissenschaft aufzuheben zu bringen. Scharfe polemische Töne schänt er gegen irreführende Köpfe und ridriglose Gelehrten an. Den reichen Inhalt der Sommer'schen Schrift fügen folgende Abhandlungen bei: Bibel, Naturwissenschaft und Christentum. Schöpfungsbegriffe der Christen. Die biblische Schöpfungsgeschichte. Der Drahnenkampf. Menschenerschöpfung. Die Steinbilder. Überbabylonische Schöpfungsgeschichten. Das Schöpfervort und der Schöpfervort. Drahnenkampf und Schöpfung in den Bibelstellen. Die Schöpfungsgeschichte in 1. Moles, 1. 10. Abschnitten. Welche die aufschauliche Darstellung Sommers, der die wissenschaftliche Unhaltbarkeit des biblischen Weltbildes an der Hand eines umfangreichen, geordneten Literaturmaterials darlegt und dessen Entfernung aus der Schule mit überzeugender Kraft fordert.
- Der 6. der illustrierten „Gewerkschaft im Bild“, herausgegeben vom Auslandskomitee zur Organisation der Arbeiterkräfte für die Sangerländer in Ausland, erscheint fortan als Uraunummer. Der Preis beträgt pro Nummer 1,50 Mk. Belegungen von Organisationslisten und zu richten an das Komitee der Arbeiterkräfte für Gewerkschaften, Berlin, E. 54, Rosenbader Str. 38, von Buchhandlungen und Einzelbesitzern an den Mail-Verlag, Berlin-Sonnenes, Aufschloßdamm 70.
- Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt. Von Hans Sackma. Verlag: Freiheit, Berlin E. 2, Breite Straße 8/0.

Anzeigen

Unsere allverehrten 1. Vorsitzenden Otto Schmidt nebst Frau Gemahlin die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zur Silbernen Hochzeit.

Zahlsstelle Herten I. Westf.

Sterbetafel



Nach längerem Krankenlager starb am 12. Juni unsere liebe Kollegin

Frl. Lydia Rupp

(Fa. Bauerliche Schriftgießerei)

im 23. Lebensjahre. Wir betrauern in der Verstorbenen eine treue und brave Kollegin, deren Andenken wir stets in Ehren halten.

Die Zahlsstelle Frankfurt a. M.

Am Sonntag, den 11. Juni 1922, verstarb nach langem und schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Steindruckler

August Brakemann

(Fa. Gumbach)

im 64. Lebensjahre. Ruhe in Frieden!

Zahlsstelle Bielefeld.

Nach kurzen Krankenlager verstarb unerwartet unsere Kollegin

Luise Wünicke

(K. Malwala)

Ihre Ihrem Andenken!

Die Mitgliedschaft Dresden.